

Antrag auf Wohngeld – Mietzuschuss

Wohngeldnummer									

- Erstantrag**
- Weiterleistungsantrag**
- Erhöhungsantrag wegen**
 - Erhöhung der Personenzahl
 - Verringerung des Einkommens
 - Erhöhung der Miete

Eingangsstempel der Wohngeldbehörde

An die Wohngeldbehörde

Schreiben Sie bitte in Druckbuchstaben und kreuzen Sie Zutreffendes so an.

Beachten Sie bitte auch die beigefügten Hinweise und Erläuterungen.

Erläuterte Hinweise sind markiert, z. B. **3**

Stadt Kelkheim

Wohngeldberechtigte/r (Antragstellende Person)		
Familienname	Geburtsname	Vorname/n
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geburtsort	Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> unbestimmt
Anschrift der Wohnung, auf die sich der Antrag bezieht		
Straße, Hausnummer, Etage, ggf. Wohnungsnummer	PLZ	Ort
Telefon (Angabe freiwillig)	Telefax (Angabe freiwillig)	E-Mail (Angabe freiwillig)
Falls Sie noch nicht in der vorgenannten Wohnung wohnen, geben Sie bitte Ihre jetzige Anschrift an		
Straße, Hausnummer, Etage, ggf. Wohnungsnummer	PLZ	Ort
Telefon (Angabe freiwillig)	Telefax (Angabe freiwillig)	E-Mail (Angabe freiwillig)
Familienstand		
<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> nichtehelichen Lebensgemeinschaft		
Bankverbindung		
Bitte geben Sie eine Bankverbindung an. Die Angabe der Kontonummer und Bankleitzahl ist derzeit noch zwingend erforderlich. Die IBAN und BIC, die Sie aus dem Kontoauszug entnehmen können, tragen Sie, in Klammern gesetzt, ebenfalls ein. Sofern das Wohngeld postbar ausgezahlt wird, werden die dafür anfallenden Kosten nach § 26 Abs. 2 WoGG vom Wohngeld abgezogen. Die Kosten betragen €6,50 für die ersten 50 Euro und für jede weitere 50 Euro jeweils €0,65.		
Kontonummer (IBAN)	Bankleitzahl (BIC)	
Name des Kreditinstituts		
Kontoinhaber/in ist		
<input type="checkbox"/> Antragsteller/in <input type="checkbox"/> Ehepartner/in <input type="checkbox"/> anderes wohngeldberechtigtes Haushaltsmitglied <input type="checkbox"/> Empfänger/in der Miete (Vermieter/in)		
Name, Vorname des(r) Zahlungsempfängers(in), sofern er/sie nicht die antragstellende Person ist:		
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Telefon (Angabe freiwillig)	Telefax (Angabe freiwillig)	E-Mail (Angabe freiwillig)

© FormLAB Gesellschaft für Prozessautomatisierung mbH
WOHNG-006-HE-FL - Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuss) - Hessen - Stand 1/2016

1	Wohngeldberechtigte/r (Antragstellende Person) ist ...		
	<input type="checkbox"/> Hauptmieter/in	<input type="checkbox"/> Untermieter/in	<input type="checkbox"/> Heimbewohner/in <input type="checkbox"/> Bewohner/in von Wohnraum im eigenen Haus mit mehr als zwei Wohnungen
	Wer hat den Wohnraum vermietet oder untervermietet?		
	Name, Vorname		
	Straße, Hausnummer		PLZ Ort
	Telefon (Angabe freiwillig)	Telefax (Angabe freiwillig)	E-Mail (Angabe freiwillig)
	Haben Sie oder eine zu Ihrem Haushalt rechnende Person eine der nachstehenden Leistungen beantragt, für die noch kein Bescheid vorliegt?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar ...		
	<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld II (SGB II)	<input type="checkbox"/> Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)	
	<input type="checkbox"/> Sozialgeld (SGB II)	<input type="checkbox"/> Übergangsgeld (SGB VI)	
	<input type="checkbox"/> Grundsicherung (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Verletztengeld (SGB VII)	
	<input type="checkbox"/> Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Asylbewerberleistung (AsylbLG)	
	<input type="checkbox"/> Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (BVG o. a.)	<input type="checkbox"/> Zuschuss zur Unterkunft für Azubis / Studenten (SGB II)	
	Wenn ja, wer hat die Leistung beantragt?		
	Name, Vorname		Name, Vorname
	Erhalten Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied Wohngeld oder andere Zuschüsse zur Bezahlung der Miete (z. B. Zusatzförderung für Mieter) für diese oder eine andere Wohnung oder wurde ein entsprechender Antrag gestellt?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
	Wenn ja, wer erbringt die Leistung, seit wann und in welcher Höhe?		
	Behörde, Name, Anschrift		Datum Betrag €
	Behörde, Name, Anschrift		Datum Betrag €
	Hat sich eine dritte Person gegenüber der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung nach § 68 Aufenthaltsgesetz verpflichtet, die Kosten für Ihren Lebensunterhalt einschließlich des Wohnraumes eines oder mehrerer ausländischer Haushaltsmitglieder zu tragen?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
	Wenn ja, wie hoch sind die übernommenen Kosten für den Wohnraum?		Betrag €
	Wurde der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert und unterliegt sie deshalb einer Mietpreisbindung (Sozialwohnung)?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
	Wann sind Sie und/oder die zu Ihrem Haushalt zählenden Haushaltsmitglieder eingezogen?		
	Einzugs-Datum (TT.MM.JJJJ)		Datum
	Der Wohnraum hat eine Gesamtfläche von		
	Summe der Wohnfläche und der gewerblich oder beruflich genutzten Fläche		Fläche m ²
	Falls Sie in Untermiete wohnen, geben Sie bitte die Quadratmeterzahl der Räume an, die Sie gemietet haben.		
	<input type="checkbox"/> Von der Gesamtfläche werden ausschließlich gewerblich, beruflich genutzt		Fläche m ²
	<input type="checkbox"/> Ein Teil der Gesamtfläche ist an andere Personen (unter-)vermietet überlassen		Fläche m ²
	Falls Sie eine Wohnung im eigenen Haus mit mehr als 2 Wohnungen bewohnen, geben Sie bitte als Mietbetrag den Betrag an, den Sie für eine vergleichbare Wohnung bezahlen müssten.		
	Geschätzter Mietbetrag		Betrag €

Die Miete / das Nutzungsentgelt beträgt einschließlich der Nebenkosten (z. B. Umlagen, Zuschläge)	
Die Miete setzt sich zusammen aus der Grundmiete und den Nebenkosten. Zu den Nebenkosten gehören z. B. die Kosten der Sammelheizung und des Warmwassers. Die Kosten von Strom- oder Gasverbrauch sind <u>keine</u> Nebenkosten. Ebenfalls <u>nicht</u> zur Miete gehören Beträge für die Überlassung einer Garage, eines Einstellplatzes oder eines Gartens.	
Betrag insgesamt (monatlich)	Betrag €
Die Mietzahlungen erfolgen seit:	Datum
In der monatlichen Gesamtmiete sind folgende Kosten und Zuschläge enthalten:	
<input type="checkbox"/> Heizungskosten	Betrag €
<input type="checkbox"/> Immissionsmessung	Betrag €
<input type="checkbox"/> Thermenwartung	Betrag €
4 <input type="checkbox"/> Warmwasser / Fernwarmwasser	Betrag €
<input type="checkbox"/> Vergütung für Garage oder Kfz.-Stellplatz	Betrag €
<input type="checkbox"/> Kosten für Haushaltsenergie laut Mietvertrag	Betrag €
<input type="checkbox"/> Sonstige Zuschläge	Betrag €
<input type="checkbox"/> An Dritte werden neben der Miete folgende Kosten / Gebühren (z.B. Müll-, Kabel-, Wasser- / Abwassergebühren o.ä.) entrichtet:	Art der Gebühren Betrag €
Falls Sie Beiträge für die Fernheizung / das Fernwarmwasser zu bezahlen haben:	
Betrag monatlich	Betrag €
darin enthaltener Grundpreis einschl. Mehrwertsteuer	Betrag €

Machen Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied Werbungskosten über den Pauschbetrag von den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit (§ 9a Einkommensteuergesetz) hinaus geltend?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name, Vorname/n	Betrag der erhöhten Werbungskosten €	
	Name, Vorname/n	Betrag der erhöhten Werbungskosten €	
Machen Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied als Elternteil Kinderbetreuungskosten für leibliche Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder bis zum 14. Lebensjahr oder ohne altersmäßige Begrenzung bei behinderten Kindern, deren Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist, geltend?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name, Vorname/n des Kindes	mtl. Kinderbetreuungskosten (ohne Verpflegung) €	
	Name, Vorname/n des Kindes	mtl. Kinderbetreuungskosten (ohne Verpflegung) €	
6 Betreuen Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied als nicht nur vorübergehend getrennt lebende Eltern oder Pflegeeltern ein oder mehrere Kinder?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Wenn ja, wer ist der andere Eltern- oder Pflegeteil, mit dem die Betreuung geteilt wird?			
Name, Vorname	PLZ	Ort	
Folgendes Kind / folgende Kinder werden betreut	Name, Vorname	Name, Vorname	Name, Vorname
	Geburtsdatum	Geburtsdatum	Geburtsdatum
Annähernd zu gleichen Teilen (mindestens 1/3 zu 2/3)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zu geringen Teilen durch	<input type="checkbox"/> Haushaltsmitglied <input type="checkbox"/> anderen Elternteil	<input type="checkbox"/> Haushaltsmitglied <input type="checkbox"/> anderen Elternteil	<input type="checkbox"/> Haushaltsmitglied <input type="checkbox"/> anderen Elternteil

**Blatt 4 und Blatt 5
durch Vordruck**

**"Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuss)..., Teil 2: Querformat"
ergänzen !**

Verfügen Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied über Vermögen? Welcher Art ist das Vermögen?

Als Vermögenswerte sind insbesondere zu betrachten: Bank- und Sparguthaben, Wertpapiere, Aktien, Aktienfonds, nicht selbst bewohnter Haus- und Grundbesitz und sonstige Immobilien, bebaute und unbebaute Grundstücke, auf Geld gerichtete Forderungen, sonstige Rechte wie z. B. Rechte auf Grundschulden, Nießbrauch, Dienstbarkeiten und Altenteil, auch im Ausland.

nein ja

Rechnen Sie damit oder ist Ihnen jetzt schon bekannt, dass sich Ihre Einkommens-, Wohn- oder Haushaltssituation in den nächsten zwölf Monaten ändert?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Änderungsgrund	Änderungsdatum
---	----------------	----------------

Werden sich die Einnahmen einer oder mehrerer der zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten zwölf Monaten gegenüber den angegebenen Einnahmen ...

... verringern? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Person-Nr.	Einnahme-Art	Änderungsgrund	Änderungsdatum
... erhöhen? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Person-Nr.	Einnahme-Art	Änderungsgrund	Änderungsdatum

6 Haben Sie oder eine zu Ihrem Haushalt rechnende Person innerhalb von 3 Jahren vor Antragstellung einmaliges Einkommen (z. B. Abfindung, Unterhalts-, Renten- oder Gehaltsnachzahlungen, Versicherungsleistungen zur Altersvorsorge o. ä.) erhalten?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Person-Nr.	Ab dem	Art des einmaligen Einkommens	Betrag €
---	------------	--------	-------------------------------	-------------

Rechnen zu Ihrem Haushalt Kinder, für die Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz gewährt wird?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Anzahl Kinder	Wer ist die/der Kindergeldberechtigte?
---	---------------	--

Wohnen in Ihrer Wohnung andere Personen oder Haushaltsmitglieder, die nicht zu Ihrem Haushalt rechnen?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Name, Vorname
Name, Vorname

Werden von Ihnen oder Personen, die zu Ihrem Haushalt gehören, Unterhaltszahlungen geleistet, zu denen Sie oder diese Personen gesetzlich verpflichtet sind (z. B. für nicht zum Haushalt rechnende Kinder)?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja				
Personen	Zweck			Betrag (monatlich) €
	zum Haushalt rechnende Person, die zur Ausbildung (auch Schule) auswärts untergebracht ist	nicht zum Haushalt rechnender geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatte	sonstige nicht zum Haushalt rechnende Person	
Name, Vorname	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort		
Name, Vorname	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort		
Name, Vorname	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	€
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort		

Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind				
Person Nr.	schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von 100	schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von mindestens 80 und außerdem häuslich pflegebedürftig im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (Pflegeversicherung)	schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von unter 80 und außerdem häuslich pflegebedürftig im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (Pflegeversicherung)	Opfer der national-sozialistischen Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes
7	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Erhalten Sie oder ein Haushaltsmitglied Unterhaltsleistungen wegen Pflegebedürftigkeit?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Person-Nr.	Betrag €
Person-Nr.	Betrag €
Person-Nr.	Betrag €

Ist ein Haushaltsmitglied, das zu Ihrem Haushalt gehörte und <u>keine</u> Transferleistung erhalten hat, innerhalb der letzten 12 Monate verstorben?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name, Vorname Datum
8 Haben Sie die Wohnung nach dem Tode des Haushaltsmitgliedes gewechselt?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Datum
Haben Sie nach dem Tode des Haushaltsmitgliedes eine weitere Person in den Haushalt aufgenommen?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name, Vorname Datum

Wichtige Hinweise

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle Tatsachen angeben, die für die Leistung erheblich sind. Die Angaben sind erforderlich, um nach den Vorschriften des Wohngeldgesetzes (WoGG) über den Antrag zu entscheiden und die Wohngeldstatistik führen zu können.

Ich versichere, dass alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, dass die bei Frage 7 aufgeführten Haushaltsmitglieder und anderen Personen, die nicht vom Wohngeld ausgeschlossen sind, keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, dass ich gesetzlich verpflichtet bin, der Wohngeldbehörde

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen. Dies gilt insbesondere für Einnahmeerhöhungen oder Mietverringerungen von mehr als 15% (v. H.) sowie Verringerung der zum Haushalt rechnenden Haushaltsmitglieder/Personen. Der Wohngeldbescheid enthält hierzu nähere Erläuterungen;
- b) unverzüglich anzuzeigen, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Haushaltsmitgliedern/Personen nicht mehr genutzt wird. Auch ein Umzug innerhalb des Hauses ist unverzüglich mitzuteilen. Der Wohngeldanspruch entfällt ab dem nach dem Auszug folgenden Zahlungsabschnitt. Für Ihre neue Wohnung ist ein neuer Wohngeldantrag erforderlich;
- c) unverzüglich anzuzeigen, wenn ich, die zu meinem Haushalt rechnenden Haushaltsmitglieder oder weitere Personen einen Antrag auf eine der im Hinweisblatt genannten Transferleistungen gestellt haben oder eine dieser Leistungen beziehen;
- d) ein zu Unrecht erhaltenes Wohngeld zurückzuzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall habe ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen.

Ist ein zu Unrecht empfangenes Wohngeld zurückzuzahlen, haften alle volljährigen, bei der Wohngeldberechnung berücksichtigten Haushaltsmitglieder als Gesamtschuldner.

Im Rahmen der allgemeinen Sorgfaltspflicht habe ich den auf der Grundlage dieses Antages entstehenden Wohngeldbescheid auf Übereinstimmung mit den von mir gemachten Angaben im Antrag zu überprüfen. Ich nehme zur Kenntnis, dass Kosten, die mir selbst im Zusammenhang mit der Stellung des Wohngeldantrages entstehen, nicht erstattet werden (§ 22 Abs. 5 WoGG).

Weiterhin nehme ich zur Kenntnis, dass die für die Aufgabenerledigung des WoGG (Berechnung und Zahlung des Wohngeldes) erforderlichen personenbezogenen Daten automatisiert verarbeitet werden. Rechtsgrundlage für die Datenerhebung sind § 67 a SGB X und die §§ 23, 33 bis 36 WoGG. Die Daten werden auch aufgrund des § 35 WoGG ohne Namen für Zwecke der Wohngeldstatistik verwendet. Zulässig ist auch ein Datenabgleich zwischen der Wohngeldbehörde und der für die Einziehung der Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG) zuständigen Behörde. Die Wohngeldbehörde darf zudem im Wege eines automatisierten Datenabgleichs regelmäßig überprüfen, ob und für welche Zeiträume zum Haushalt rechnende Haushaltsmitglieder/Personen Transferleistungen beantragt haben oder erhalten, die zum Ausschluss von Wohngeld führen (vgl. Hinweise). Dies gilt auch für Haushaltsmitglieder, die bei der Berechnung des Bedarfs für die Transferleistung mit berücksichtigt worden sind.

Verstöße gegen die Mitteilungspflichten sowie unrichtige bzw. unterlassene Angaben im Antragsverfahren, die den Anspruch auf Wohngeld mindern würden, können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 2000 Euro bzw. als Straftat geahndet werden;

Die Wohngeldbehörde ist darüber hinaus berechtigt, durch automatisierten Datenabgleich mit dem Bundeszentralamt für Finanzen zu überprüfen, ob und in welcher Höhe vom Steuerabzug freigestellte Kapitalerträge gemeldet wurden (§ 33 Abs. 2 WoGG).

Ort, Datum



Unterschrift Antragstellerin / Antragsteller

Erläuterungen zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuss)

– Die Randnummern beziehen sich auf die Kennzeichnung im Antrag –

Sehr geehrte Antragstellerin, sehr geehrter Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen des Wohngeldantrages helfen.

Alle Fragen im Antragsvordruck sind notwendig, um prüfen zu können, ob und in welcher Höhe Ihnen Wohngeld gewährt werden kann.

Bitte beantworten Sie die Fragen **richtig** und **vollständig**. Für bestimmte Angaben sind Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngeldbehörde die Arbeit und beschleunigen die Entscheidung, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Originalunterlagen erhalten Sie so bald wie möglich zurück.

Wohngeld wird nur vom Beginn des Monats an gewährt, in dem der Antrag bei der Wohngeldbehörde eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

① Sie können einen **Antrag** auf Mietzuschuss stellen, wenn Sie Mieter/Mieterin, Untermieter/Untermieterin, solchen Personen vergleichbar nutzungsberechtigt, Bewohner einer Wohnung im eigenen Mehrfamilienhaus oder Bewohner/Bewohnerin eines Heimes sind.

Wohngeldberechtigt ist auch, wer den Mietvertrag unterschrieben hat. Haben mehrere Haushaltsmitglieder den Mietvertrag gemeinsam abgeschlossen, so bestimmen diese, wer wohngeldberechtigt sein soll.

② Kein Anspruch auf Wohngeld besteht grundsätzlich für solche Personen, die eine der genannten Leistungen beantragt haben oder bereits beziehen und ferner für solche Personen, die bei der Berechnung dieser Leistungen mit berücksichtigt worden sind.

③ Hierunter fallen Leistungen, die unmittelbar und zweckbestimmt zur Bezahlung der Miete gegeben werden, z. B. vom Arbeitgeber oder von Behörden.

④ Im Zweifel erkundigen Sie sich bei Ihrem Vermieter / Ihrer Vermieterin.

⑤ **Haushaltsmitglieder** sind die antragberechtigte Person selbst sowie:

- Ehegatte,
- der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin,
- andere Personen, die mit der wohngeldberechtigten Person in einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft leben, ferner
- Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
- Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Nefte,
- Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
- Schwager, Schwägerin und deren Kinder,
- Nefte und Nichte des Ehegatten sowie
- Pflegekinder (ohne Rücksicht auf ihr Alter) und Pflegeeltern.

Haushaltsmitglieder zählen zum Haushalt, wenn sie mit der wohngeldberechtigten Person eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder auch nur teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch solche Personen anzugeben, die mit der wohngeldberechtigten Person eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Haushaltsmitglieder zu sein.

Ausländer (auch Staatenlose) müssen für sich und ihre Haushaltsmitglieder nachweisen, dass sie sich berechtigt in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten (z. B. durch Vorlage einer Aufenthaltserlaubnis).

⑥ Zum wohngeldrechtlichen **Einkommen** gehören alle steuerpflichtigen Einnahmen. Sie sind von allen zum Haushalt gehörenden Personen gewissenhaft anzugeben. Dies sind

- Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit (z. B. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen),
- Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen aus Sparguthaben, Ausschüttungen aus Wertpapieren),
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (jedoch ohne Einkünfte aus Untervermietung),
- Renten, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder,

soweit sie die jeweils maßgebliche Werbungskostenpauschale oder höhere nachgewiesene oder glaubhaft gemachte Werbungskosten übersteigen.

Bei

- Einkünften aus selbständiger Arbeit sowie
- Einkünften aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft

ist wohngeldrechtlich der Gewinn als Einkommen zu berücksichtigen.

Zu berücksichtigen sind neben den steuerpflichtigen Einkünften auch einige im Gesetz genannte steuerfreie bzw. teilweise steuerfreie Einnahmen sowie einige Freibeträge, Absetzungen oder Abschreibungen, die steuerrechtlich absetzbar sind.

Das betrifft im Einzelnen folgende Einnahmen:

- Versorgungsbezüge (z. B. Wartegelder, Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengelder) und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen,
- Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit,
- Arbeitslohn, der vom Arbeitgeber pauschal besteuert wird,
- der Sparerfreibetrag,
- Rentenleistungen (z. B. Altersrenten, Witwen-/Witwerrenten, Berufsunfähigkeitsrenten, Erwerbsunfähigkeitsrenten, Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit, Renten aus privaten Versicherungen auf den Erlebens- und Todesfall, Versorgungsrenten),
- der Mietwert eigengenutzten Wohnraums,
- Ansparabschreibungen, erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen,
- Rentenleistungen und Bezüge nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach Gesetzen, die auf dieses verweisen,
- Lohn- und Einkommensersatzleistungen,
z. B. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Krankengeld, Krankentagegeld, Elterngeld (soweit es die anrechnungsfreien Beträge nach § 10 BEEG übersteigt), Mutterschaftsgeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Insolvenzgeld, Übergangsgeld, Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld, Eingliederungshilfe, Verdienstausfallentschädigung, Vorruhestandsgeld, Aufstockbeträge und Zuschläge zu den Leistungen),
- Ausländische Einkünfte,
- die Hälfte des Erziehungsbeitrags für Kinder und Jugendliche in Familienpflege bei der Pflegeperson und die Hälfte des Grundbetrags für Kinder und Jugendliche in Familienpflege beim Pflegekind,
- Ausbildungsbedingte Zuschüsse (z. B. Berufsausbildungsbeihilfe, Stipendien, Leistungen der Begabtenförderungswerke, Zuschüsse nach dem BAföG und nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz),
- als Zuschüsse gewährte Graduiertenförderung,
- Unterhaltsleistungen (als Geld- oder Sachleistungen) von nicht zum Familienhaushalt rechnenden Personen, Unterhaltshilfen, Unterhaltsbeihilfen und Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
- Abfindungen.
- Leistungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen,
- Leistungen des Arbeitgebers zur Altersvorsorge,
- Leistungen Dritter zur Senkung der Belastung

Auch **einmaliges Einkommen**, das innerhalb von drei Jahren vor der Antragstellung angefallen ist, ist wohngeldrechtlich zu berücksichtigen und daher anzugeben.

Zum Nachweis über das Jahreseinkommen ist es erforderlich, entsprechende Belege vorzulegen.

- ⑦ Für **schwerbehinderte Menschen** mit einem Grad der Behinderung von 100 bzw. bei **häuslicher Pflegebedürftigkeit** im Sinne des § 14 SGB XI auch bei einem geringeren Grad der Behinderung werden bei der Ermittlung des Gesamteinkommens Freibeträge von 1.500 Euro bzw. 1.200 Euro abgesetzt. Eine häusliche Pflegebedürftigkeit liegt nicht bei Personen vor, die stationär (in Heimen) untergebracht sind.

Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes können 750 Euro abgesetzt werden.

- ⑧ Der **Tod eines Haushaltsmitgliedes** ist für die Dauer von zwölf Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluss auf die der Wohngeldberechnung zu Grunde zu legende Familiengröße. Diese Vergünstigung entfällt jedoch bei einem Wohnungswechsel oder wenn sich die Zahl der Haushaltsmitglieder wieder auf den Stand vor dem Todesfall erhöht.

Wenn Sie weitere Auskünfte benötigen oder weitere Fragen haben, stehen Ihnen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Wohngeldbehörde gerne zur Verfügung.

Kommen Sie bitte zu den Sprechzeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Wohngeldbehörde